

Abstract von Jérôme Brugger

„Treffpunkte auf den Verbindungslinien: Unterkünfte an den Reiserouten Südosteuropas als Orte der Identitätsaushandlung (16. - 19. Jh.)“

Universität Bern

Einleitung

Das Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen im vormodernen gemischtkulturellen Raum Südosteuropas ist in der Geschichtswissenschaft umstritten. Oft werden die rechtlichen Nachteile der christlich-slawischen Bevölkerung betont. Doch dieser oberflächlichen Beurteilung entgeht die Komplexität der Verhältnisse, in denen die Praxis selten den Rechtsnormen entsprach und die Bevölkerung, vor allem in den Städten, nicht nur aus „Türken“ und der slawischen Mehrheitsbevölkerung bestand. Eine Vielzahl von Gruppen, Religionen und Ethnien lebte nebeneinander und miteinander. Die kulturelle Praxis der Identitätsbildung ist wenig erforscht. Deshalb möchte diese Arbeit die Gruppenidentitäten in der Zeit vor dem Entstehen nationalstaatlicher Gebilde und nationaler Identitäten untersuchen.

Als Kontaktzone zwischen dem Osmanischen Reich und dem westlichen Europa nimmt die Balkanhalbinsel eine besondere Rolle ein. Einen Teil des infrastrukturellen Rahmens für Kontakt, die Via Militaris als Verkehrs- und Kommunikationsweg, hat schon Konstantin Jireček untersucht.¹ Die klassische Untersuchung ist Kennzeichen dafür, dass wir in einem Handels- und Kontaktnetz, das nach Fernand Braudel in der Dimension eines erweiterten Mittelmeerraums gedacht werden muss, viel über die Schiffs- und Landrouten wissen, doch stellte Braudel fest: "[Es gibt] keine Strasse ohne die notwendigen Halteplätze, ohne einen Hafen, eine offene Reede, eine Karawanserei, einen Han oder, in Westeuropa, eine einsame Herberge, eine Festung..."² Diese Haltepunkte in und zwischen den Städten bilden innerhalb der Region eine Kontaktzone der Reisenden. Im engen Raum innerhalb der Mauern der Karawanserei koexistierten für eine beschränkte Zeit verschiedene Gruppen. Im Austausch und der Konfrontation wurden kulturelle Identitätsmuster praktiziert, ausgehandelt und zementiert.

Fragestellung und Eingrenzung des Themas

Als Untersuchungsraum wird nicht von einem fixen Begriff der Geschichtsregion Südosteuropa ausgegangen, sondern von der Balkanhalbinsel als Teil der östlichen Mittelmeerwelt. Damit soll der Blick auf die verwandten Institutionen an der islamischen Mittelmeerküste und die *fondachi* in Venedig und anderen italienischen Hafenstädten erhalten bleiben. Schwerpunkt der Arbeit bilden die Unterkünfte an der Via Militaris. Die Untersuchung richtet sich damit nicht an nationalstaatlichen Grenzen aus, sondern legt den

¹ Konstantin Jireček: Die Heerstrasse von Belgrad nach Constantinopel und die Balkanpässe eine historischgeographische Studie, Amsterdam 1967 [1877].

² Fernand Braudel: Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II, Darmstadt 2001 [1979], Bd. 1, S. 400- 401.

Untersuchungsraum nach thematischen Gesichtspunkten fest. Zeitlich soll sich die Studie von der Eroberung Belgrads durch die Osmanen, was die Kontrolle der Heeresstrasse zwischen Belgrad und Istanbul bedeutete, bis Mitte des 19. Jahrhunderts erstrecken, da erst dann Schiffsverkehr³ durchgehend entlang der Donau möglich wurde. In diesem langen Zeitraum soll keine vollständige Dokumentation der bestehenden Institutionen angestrebt werden, sondern durch eine Auswahl von Beispielen die Funktionen der Institution für den gesamten Zeitraum nachgezeichnet werden.

Folgende Fragen sollen durch die Untersuchung leiten: Welche Gruppen lassen sich unter den Gästen der Reiseunterkünfte finden? Wie gestaltete sich das Zusammenleben der unterschiedlichen Gäste?

Welche Funktionen hatten Gaststätten für die Reisenden? Unterschieden sich diese für die verschiedenen Gruppen? Wie unterschieden sich diese nach den unterschiedlichen Typen von Unterkünften? Welche Interaktionen zwischen einzelnen Gruppen fanden statt? Welche Rolle spielten dabei die Betreiber der Unterkünfte? Und schliesslich: Wie wurde in den Unterkünften der Reisenden das Eigene und das Fremde ausgehandelt und Differenzen gestärkt? Welche Veränderungen lassen sich in diesen Prozessen im langen Zeitraum der Untersuchung feststellen?

Forschungsstand

Während für Westeuropa⁴ und für die islamische Welt⁵ Studien zur Unterbringung von Fremden existieren, ist die Institution des Hans⁶ in Südosteuropa nur punktuell erforscht.⁷ Mit der Arbeit soll auch eine geographische Lücke in der Forschung zu Gasthäusern geschlossen werden. In der Literatur zum islamischen Raum finden sich Unterscheidungen zwischen khān und funduq⁸, highway khān und city khān⁹ sowie Hane als religiöse Stiftungen (*vaqf*) und privat betriebenen Unterkünften.¹⁰

Als Erstes muss deshalb eine Typologisierung der Unterkünfte im Untersuchungsgebiet vorgenommen werden, die auch Quarantänestationen und andere Möglichkeiten der Unterkunft berücksichtigt. Kriterien bilden Fragen der Lage in der Stadt oder an den Verkehrswegen, die Öffnung für alle Reisenden oder nur für eine bestimmte Gruppe, die Auslegung für kurze oder lange Aufenthaltsdauer, die private oder öffentliche Trägerschaft, kostenpflichtige oder freie Unterkunft und Verpflegung.

³ 1834 machen erste Regulierungsarbeiten am Eisernen Tor die Donau durchgehend schiffbar. Siehe: Klaus Reisinger: 'Österreichs Eisenbahnwesen als Bindeglied zwischen Zentraleuropa und den Balkanländern', in: Der Weg führt über Österreich -. Zur Geschichte des Verkehrs- und Nachrichtenwesens von und nach Südosteuropa (18. Jahrhundert bis zur Gegenwart), hg. von Harald Heppner, Wien 1996, S. 107-142. Hier S. 111.

⁴ Beat Kümin, B. Ann Tlusty, (Hgg.): The world of the tavern - Public houses in early modern Europe, Aldershot 2002; Hans Conrad Peyer: Von der Gastfreundschaft zum Gasthaus - Studien zur Gastlichkeit im Mittelalter, Hannover 1987.

⁵ Olivia Remie Constable: Housing the stranger in the Mediterranean world - Lodging, trade, and travel in late antiquity and the Middle Ages, Cambridge 2003.

⁶ Zum jetzigen Zeitpunkt werden die Termini Han und Karawanserei gleichbedeutend verwendet.

⁷ Işık Tamdoğan-Abel: 'Les han, ou l'étranger dans la ville ottomane', in: Vivre dans l'Empire ottoman. Sociabilités et relations intercommunautaires (XVIIIe-XXe siècles), hg. von F. Geogon and P. Dumont, Paris 1997, 319-334.

⁸ Constable: Housing the stranger in the Mediterranean world, S. 61.

⁹ Nikita Elisséeff: 'Khān', in The Encyclopedia of Islam - WebCD edition, hg. von P. Bearman, T. Bianquis, C. E. Bosworth, E. van Donzel and W. P. Heinrichs Leiden 2003.

¹⁰ Constable: Housing the stranger in the Mediterranean world, S. 155-156.

Ebenfalls zurückgreifen lässt sich auf umfassende, wenn auch in manchen Punkten widersprüchliche Forschungsbeiträge zum Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der osmanischen Stadt. Im Gegensatz zu einem Teil der Unterkünfte bestanden in der osmanischen Stadt gewisse räumliche Trennungen zwischen einzelnen Gruppen.¹¹

Methode und Quellenlage

Die Untersuchung soll mit einem historisch-anthropologischen Zugang das Leben in den Hanen rekonstruieren und damit die oben gestellten Fragen beantworten. Als Quellen für diese Untersuchung sollen erstens die Reiseberichte¹² dienen, welche zwischen dem 16. und 19. Jh. Aufenthalte in den Unterkünften beschrieben. Die Reiseliteratur ist nach den Arbeiten von Maria Todorova¹³ als eine problematische Quellengattung bekannt. Andere Studien, welche diese Quellengattung verwendet haben, bieten Anhaltspunkte dafür, dass durch sorgfältige Quellenkritik, die Probleme der westlichen Sicht auf das „hässliche Alter Ego“ entschärft werden können.¹⁴

In der Reiseliteratur findet sich zum Teil auch Bildmaterial, das ebenfalls als Quelle genutzt werden soll. Als zweite wichtige Quellen sollen die Akten aus dem Državni Arhiv in Dubrovnik (DAD) herbeigezogen werden. Auch die hier zu findenden Berichte aus den Kolonien und von Handelsreisen entlang der Reiserouten stellen eine bestimmte Sicht auf die Unterkünfte dar: Die privilegierte Lage der Ragusaner im Osmanischen Reich muss bei der Quellenlektüre mitgedacht werden. Als drittes sollen die Quellen aus Belgrader Archiven mit Schwerpunkt auf dem 18. und 19. Jahrhundert verwendet werden. Weitere Bild-, und Archivquellen könnten eventuell noch integriert werden.

Stand der Arbeit

Die Arbeit befindet sich in der Anfangsphase, diese Ausführungen bilden eine erste Grundlage für die weitere Forschung.

¹¹ Aleksandar Fotić: 'Belgrade: A Muslim and Non-Muslim Cultural Centre (Sixteenth-Seventeenth Centuries)', in: Provincial elites in the Ottoman Empire - Halcyon Days in Crete V, A symposium held in Rethymnon 10-12 January 2003, hg. von A. Anastasopoulos, Rethymnon 2005, S. 51-76; Nikolaj Todorov: The Balkan city, 1400-1900, Seattle und London 1983; Ivan Ninić (Hg.): La culture urbaine des Balkans (XVe-XIXe siècles) - La ville dans les Balkans depuis la fin du Moyen Age jusqu'au début du XXe siècle, Belgrad und Paris 1991.

¹² Stéphane Yerasimos: Les voyageurs dans l'Empire Ottoman (XIVe - XVIe siècles) - Bibliographie, itinéraires et inventaire des lieux habités, Ankara 1991.

¹³ Maria Todorova: Die Erfindung des Balkans Europas bequemes Vorurteil, Darmstadt 1999.

¹⁴ Suraiya Faroqhi: Approaching Ottoman history - An introduction to the sources, Cambridge 1999.

Abstract von Dennis Dierks

**„Geschichtsschreibung im multikulturellen Raum.
Erforschung und Darstellung der bosnischen Geschichte von der österreichisch-
ungarischen Okkupation bis zum Ende des Königreichs Jugoslawien (1878-
1941)“**

DFG-Graduiertenkolleg „Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche
Ordnungsstrukturen in Südosteuropa“ FSU Jena

I. Fragestellung und Methodik

Die nachholende Modernisierung Südosteuropas induzierte auf intellektuellem Gebiet einen Transfer des modernen Geschichtsbegriffs und der Idee einer Nationalgeschichte in ein ihnen fremdes Umfeld, wo sie unter gänzlich anderen Voraussetzungen eine politische und soziale Wirkmächtigkeit entfalteten. Ziel der Arbeit ist es, diese Prozesse in Bezug auf Bosnien-Herzegowina nachzuzeichnen. Die Untersuchung dieser Region erscheint besonders reizvoll, weil sie mehr noch als andere Regionen Südosteuropas von einer komplexen Überlagerung und Verschränkung verschiedener kultureller Traditionen geprägt ist, eine Gemengelage, die als „kultureller Synkretismus“ beschrieben werden kann.¹⁵

Zeitlich erstreckt sich die Studie von der österreichisch-ungarischen Okkupation bis zum Ende des ersten jugoslawischen Staates. Es sind dies entscheidende Zäsuren in der Geschichte Bosnien-Herzegowinas: Die Okkupation 1878 markiert den Eintritt des Landes in die westliche Staatenwelt und leitet einen alle gesellschaftliche Bereiche umfassenden Modernisierungsprozess ein; der deutsche Angriff 1941 führt das Ende des ersten „jugoslawischen Experimentes“ herbei, dem ab 1943 ein zweites auf einer veränderten ideologischen Grundlage folgen sollte. In Bezug auf die Geschichtsschreibung stellt die zu untersuchende Epoche das Zeitalter der „bürgerlichen“ Historiographie dar, deren dominierendes Forschungsparadigma der Historismus war, ein Forschungsparadigma, das sich zunächst gegen ältere Formen der Geschichtsdarstellung durchsetzen musste und schließlich im titoistischen Jugoslawien vom historischen Materialismus als neuem wissenschaftlichen *main stream* abgelöst wurde.

Die Unbestimmtheit der nationalen Zuordnung Bosnien-Herzegowinas und die Zugehörigkeit des Landes zu verschiedenen multinationalen Staaten führten dazu, dass die Formierung der modernen bosnisch-herzegowinischen Geschichtsschreibung in einem Widerstreit unterschiedlicher historiographischer Traditionen und nationaler Ideologien erfolgte. Fanden diese Kontroversen vor 1918 im Rahmen der Habsburgermonarchie und darüber hinaus in Serbien statt, beschränkten sie sich nach Ende des Ersten Weltkrieges weitgehend auf das neu gegründete Königreich SHS.

Die Interaktionen zwischen den Trägern der Bosnien-Geschichtsschreibung werden mit Hilfe des Modells des Kulturtransfers und der Ansätze der *histoire croisée* untersucht,

¹⁵ Vgl. zu diesem Begriff Nirman Moranjak-Bamburać: On the Problem of Cultural Syncretism in Bosnia and Hercegovina. In: Bosnien-Herzegowina: Interkultureller Synkretismus. Hg. v. Nirman Moranjak-Bamburać. Wien/München 2001 (Wiener Slawistischer Almanach, Sonderband 52), S. 5-42, S. 5 f.

wobei die Entwicklung innerhalb Bosnien-Herzegowinas im Mittelpunkt stehen soll. Während sich der Prozess der Adaption westlicher Forschungsinstitutionen und -methoden im Wesentlichen mittels des Modell des Kulturtransfers darstellen lässt, sollen die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen national geprägten Historiographieschulen als eine Verflechtungsgeschichte im Sinne der *histoire croisée* aufgefasst werden.¹⁶

II. Aufbau der Arbeit

Ausgehend von der Erörterung allgemeiner Probleme der Darstellung der bosnisch-herzegowinischen Geschichte soll zunächst eine Bestandsaufnahme der Historiographie vor 1878 erfolgen, wobei das Hauptaugenmerk auf mögliche Anknüpfungspunkte für die historiographische Entwicklung nach 1878 gelegt werden soll.

In einem zweiten Teil sollen die politischen, sozialen, institutionellen und methodischen Rahmenbedingungen sowie die Träger der bosnisch-herzegowinischen Geschichtsschreibung betrachtet werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Gründung von Forschungsinstitutionen nach west- bzw. mitteleuropäischen Vorbild. Eine weitere Frage wird sein, welche Auswirkungen die Institutionalisierung und Professionalisierung auf die Rekrutierung von Forschern hatte: Handelte es sich hierbei um Angehörige aufstrebender bürgerlicher Mittelschichten oder alter, ihre soziale Stellung verteidigender Eliten?

Daran anschließend wird eine inhaltliche Analyse der verschiedenen Geschichtsdarstellungen vorgenommen. Hierbei soll weniger auf Diskussionsbeiträge eingegangen – es wird kein Forschungsbericht angestrebt –, als allgemeine Tendenzen der historischen Diskurse aufgezeigt werden. Thematischer Schwerpunkt wird dabei die Frage sein, wie mit dem Phänomen der kulturellen Diversität umgegangen wird, d.h. welche Elemente des vielfältigen, von verschiedenen Kulturen geprägten historischen Erbes in der geschichtlichen Narration gewürdigt werden, welche nicht zur Darstellung kommen, also „verschwiegen“ werden und welche als „Fremdelemente“ und damit als für die bosnische Geschichte unwesentliche oder negative Faktoren klassifiziert werden.

Die Untersuchung der Geschichtsdarstellungen bewegt sich dabei auf zwei Ebenen. Zum einen sollen sie auf formale Aspekte hin untersucht werden. Hierbei gilt es neben der Art der ausgewerteten Quellen die Komposition der Darstellung sowie die Ordnungsprinzipien und Leitmotive der historischen Narration (z.B. Dynastie, Imperium, Nation, Region, Stadt; Herrscher, „Helden“, soziale Gruppen, „das Volk“ etc.) zu analysieren. Von besonderem Interesse ist hierbei, inwieweit die Geschichtsschreibung einerseits an ältere, vormoderne Formen der Geschichtsdarstellung anknüpfte und andererseits moderne historiographische Ansätze rezipierte.

Auf einer zweiten Ebene soll dann untersucht werden, welche thematischen und zeitlichen Schwerpunkte innerhalb der historischen Narration gesetzt werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie zentrale und zwischen den nationalen Historiographien bis zum heutigen Tage heftig umstrittene Phänomene und Entwicklungen der bosnischen Geschichte bewertet werden: Es sind dies in erster Linie die Stellung des mittelalterlichen Banats und Königreichs sowie der häretischen bosnischen Kirche, die Islamisierung des Landes und der Stellenwert der osmanisch-islamischen Kultur. Dabei gilt es zu aufzuzeigen, welche kulturelle (und damit letztendlich auch politische) Selbst- bzw. Fremdverortung damit einhergeht: Wird Bosnien als historischer Teil des lateinischen Westens, des orthodoxen

¹⁶ Vgl. dazu Michael Werner/ Bénédicte Zimmermann: Penser l'histoire croisée: entre empirie et réflexivité. In: *Annales* 58, Nr. 1 (2003), S. 7-36. Zur Bedeutung dieses Ansatzes für die Historiographieggeschichte S. 18 f.

Ostens, der islamischen *umma* oder aber als eine von einer kulturellen Sonderentwicklung gekennzeichnete „Brücke“ zwischen diesen Kulturkreisen dargestellt?

Abschließend soll dann auf die Popularisierung wissenschaftlicher Diskurse eingegangen werden, wie sie in populärwissenschaftlichen Darstellungen, Schulbüchern und musealen Inszenierungen erfolgte. Von Interesse ist dabei auch die soziale Funktion historischer Argumentation und zwar nicht nur in Bezug auf eine nationale, territoriales Besitzdenken artikulierende Agitation, sondern ganz allgemein in Bezug auf das Projekt einer sozialen Modernisierung Bosnien-Herzegowinas.

Abstract von Svetlana Stefanović

„Nation und Geschlecht. Frauen in Serbien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg“

Arbeitstitel der Dissertation
betreut von Prof. Dr. Wolfgang Höpken, Universität Leipzig

Geschlechtergeschichte, seit Mitte der 80er Jahre präsent, unterscheidet sich von der klassischen Frauengeschichte durch ihren komplexeren und stärkeren theorieorientierten Ansatz. „Ihr geht es nicht“, schrieb die Historikerin Ute Frevert in ihrem Buch *Mann und Weib, und Weib und Mann*, „in erster Linie darum, die vergessene Geschichte der Frauen als Sonderform eines ‚Allgemeinen‘ zu schreiben; vielmehr soll jenes ‚Allgemeine‘ selber dekonstruiert, auf seine Geschlechterspezifik untersucht und neu zusammengesetzt werden“. Die Geschlechterdifferenz stellt der Autorin U. Frevert zufolge ein zentrales Strukturprinzip von Gesellschaften dar - ein Prinzip, das die Bereiche ökonomischer Produktion und sozialer Praxis gliedert und politische und kulturelle Repräsentationssysteme durchwebt. „Geschlecht“ als historische Kategorie ermöglicht also eine Neu-Konzeptualisierung wesentlicher Merkmale einer Gesellschaft.

Das Forschungsfeld wurde erweitert, als das Militär zum Fokus der Geschlechtergeschichte gemacht worden ist. Seit Anfang der 90-er Jahre beschäftigen sich deutsche WissenschaftlerInnen mit dem Thema Nation, Militär beziehungsweise Krieg und Geschlecht. Ihre Arbeiten zeigen, dass das Projekt Nation geschlechtsspezifisch konnotiert war und ist und die Relevanz des Militärs und Kriegs für die Ausformung der Geschlechterverhältnisse. Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts nahmen die Frauen als Erzieherin der Kinder, Wächterinnen der Kultur, Hüterinnen der „Rasse“ am Nationsbildungsprozess teil. Ihre Mutterschaftsleistung wurde zum Politikum. Überall in Europa wurde die Steigerung der Geburtenrate als entscheidender Faktor im sozialdarwinistisch definierten Überlebenskampf der jeweiligen Nation betrachtet. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts beriefen sich außerdem Frauen auf Nation und Vaterland, um ihr politisches Engagement zu legitimieren. Der Bezug auf die Nation eröffnete ihnen neue Handlungsräume.

Kriege spielten eine besondere Rolle im Prozess der Ausformung des serbischen Nationalstaates, der Armee und Geschlechterordnung. Serbien war, wie die meisten modernen Nationalstaaten, Produkt und Auslöser militärischer Konflikte. Am 17. Mai 1875 haben die Damen der obersten Belgrader Gesellschaftsschicht ersten Frauenverein (Beogradsko žensko društvo) gegründet. Schon im selben Jahr hatte der Belgrader Frauenverein Serbinnen zu patriotischen Zwecken mobilisiert – sie unterstützten die serbischen Aufständigen in Bosnien und Herzegowina durch das Sammeln von Geld- und Sachspenden. Die nächsten Gelegenheiten, ihre Fähigkeiten für das Wohl des Landes einzusetzen, bekamen Frauen 1876 während des Kriegs gegen Osmanisches Reich, 1912/13 während der Balkankriege und während des Ersten Weltkriegs.

Der erste Teil meiner Doktorarbeit wird sich zeitlich auf Periode der Herausbildung des serbischen Nationalstaates konzentrieren. Der Erste Weltkrieg schließt diese Periode ab und

leitet in die Zwischenkriegszeit mit einer neuen politischen Konstellation über - am 1. Dezember 1918 war das Königreich Serben, Kroaten und Slowenen beziehungsweise das Königreich Jugoslawien (ab 1929) gegründet worden. Im zweiten zeitlich auf der Zwischenkriegszeit begrenzten Teil soll die Relevanz der jugoslawischen Idee für nationale Identität beziehungsweise den Weiblichkeits- und Männlichkeitsentwurf untersucht werden. Für die Zwischenkriegszeit bleibt die Arbeit auf das serbische Fallbeispiel beschränkt .

Im Laufe der Forschungsarbeit sollen Formen weiblicher Partizipation an der Nations- und Nationalstaatsbildung und in den Kriegen - besonders die Tätigkeiten der drei serbischen Frauenvereine (Belgrader Frauenverein, Gesellschaft „Fürstin Ljubica“ und der Kreis der serbischen Schwestern) und des Serbisch-nationalen Frauenbündnisses (Srpski narodni ženski savez) - erforscht werden. Man muss betonen, dass die Staatsbildung in Serbien der Nationsbildung voranging – die Staatsbildung umfasste anfänglich erst Teile des serbischen ethnischen Kollektivs. Der Zweck der Gesellschaft „Fürstin Ljubica“ (Društvo kneginja Ljubica) war moralische und materielle Unterstützung der orthodoxen Kirchen außerhalb den serbischen Staatsgrenzen und der Zweck des Kreises der serbischen Schwestern (Kolo srpskih sestara) war die Hilfeleistung für die Serben im Osmanischen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Tätigkeit der feministischen Frauenbewegung (Ženski pokret) und des Nationalen Frauenbündnisses der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawiens) von Bedeutung. Es soll ermittelt werden, ob Sozialstatus, politische Einstellungen, Alter und Familienstand der Mitgliederinnen eine Rolle in Organisationsform und Aktivitäten der Frauenvereine gespielt haben. Nach diesen Kriterien soll der Vergleich zwischen den Frauenvereinen in der Zwischenkriegszeit gemacht werden.

Parallel soll die Gestaltung der Armee und Militärpolitik untersucht werden Da der serbische Nationalstaat seine Entstehung unmittelbar dem Krieg verdankt, spielte die Armee eine außerordentliche große Rolle in der Gesellschaft, wie auch der Zusammenhang von der Armee und KönigIn (besonders das Verhältnis gegenüber Königin Draga und König Aleksandar Obrenović).

Außerdem sollen die nationalisierte Konstruktion männlicher und weiblicher Geschlechtsidentität erforscht werden – betrachtet man das Geschlecht nicht nur als Kategorie der Relationen, sondern als Differenz, so erscheint das eine Geschlecht immer als andere Seite des einen, das heißt Männlichkeit wird als Differenz zu Weiblichkeit und Weiblichkeit in Differenz zu Männlichkeit konstruiert, was man in der historischen Analyse berücksichtigen muss (Charlotte Tacke, in: *Geschlecht und Nationalismus*). In dieser Hinsicht sollten das Militär und die Schule, als Sozialisationsinstanzen beziehungsweise Produzenten nationalistischer Männlichkeit und Weiblichkeit erfasst werden.

Der in der westeuropäischen Forschung zurzeit dominante Ansatz auf dem Forschungsgebiet Nation und Geschlecht versucht die spezifischen Formen der nationalen Geschlechtscharaktere im nationalen Diskurs aufzuspüren. Diskurse sollte man als Formen der Kommunikation begreifen, die zugleich wirklichkeitsabbildend und wirklichkeitsbildend sind (Ch. Tacke). Nationale Mythen, Rituale, Literatur, Denkmäler, Lyrik und Bilder wurden zum Gegenstand der geschlechterhistorisch interessierten Forschung. Deshalb werde ich besonders den Kosovo-Mythos und den Inhalt der Darstellungen von den drei Königsparen: Milan und Natalija (serbische Mutter) Obrenović, Aleksandar Obrenović und Draga Mašin (die Königin Serbin) und Aleksandar (der König Einiger) und Marija (wurde zur vorbildlichen Ehefrau, Gattin und Mutter stilisiert) Karadorđević erörtern.

Neben dem Diskurs sollen die Formen der individuellen Perzeption nationaler und geschlechtlicher Differenzen und Identitäten durch Selbstzeugnisse (autobiographische Texte und Tagebücher) erforscht werden. In dieser Hinsicht ist es beispielweise interessant, nationale Essays von Isidora Sekulić mit ihren autobiographischen Texten zu vergleichen.

Ihre erste Veröffentlichung, „Die Mitreisende“, zur Zeit des ersten Balkankriegs erhob den Sturm in den (national-)literarischen Kreisen. Das Buch, das im Gegensatz zu Nationalprinzipien von Literaturkritiker Jovan Skerlić stand, wurde als „weiblich“ klassifiziert.

Der Autorin Gisela Bock zufolge könne die Frauen- und Geschlechtergeschichte alle Methoden der Geschichtsschreibung benutzen. Allerdings dürfen diese Methoden nicht nur schichtenspezifisch, sondern müssen auch geschlechterspezifisch benutzt werden. Die Originalität der historischen Frauen- und Geschlechterforschung liegt nicht in ihren Methoden, sondern in ihren Fragestellungen und Perspektiven. Es geht um das Auffinden neuer Quellen und die Neuinterpretation bekannter Quellen. In der folgenden Studie wird das theoretische und methodische Instrumentarium der Sozial-, Kultur- und Geschlechtergeschichte angewandt. In der Analyse werden die Ergebnisse deutscher und europäischer Autoren berücksichtigt werden.

Stand der Arbeit:

In Phase des Schreibens. Die letzte Forschungsreise für September geplant (Arhiv Srbije, Stenografske beleške o sednicama Narodne skupštine).

Abstract von Radu Harald Dinu

„Religion und Gewalt. Gewaltdiskurse und Gewaltpraxis im rumänischen und kroatischen Faschismus“

Exposé zum Promotionsvorhaben
Kollegiat am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Erfurt)

EINLEITUNG

In dieser Arbeit soll das Phänomen Gewalt im rumänischen und kroatischen Faschismus der Zwischenkriegszeit vergleichend untersucht werden. Dabei wird die Analyse von Gewaltdiskursen auf der einen und die Untersuchung der Gewaltpraxis auf der anderen Seite im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Besonders interessant ist hierbei die christlich-sakrale Aufgeladenheit, die die *Ustaša* und *Legion* von anderen faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit unterscheidet und auch ihr Verhältnis zur Gewalt bestimmte.

THEORETISCHER RAHMEN UND METHODISCHES VORGEHEN

Diese Dissertation möchte einen Beitrag zur historischen Gewaltforschung leisten. Mit der komparativen Untersuchung der *Legion Erzengel Michael* und der *Ustaša* werden faschistische Bewegungen verglichen, die eine ganze Reihe grundlegender gemeinsamer Merkmale aufweisen. Das Ziel der Arbeit ist einerseits die Prüfung der Arbeitshypothesen und andererseits die Klärung der Unterschiede und Besonderheiten in Bezug auf Gewaltvorstellungen und der Gewaltpraxis beider Bewegungen.¹⁷ Die Untersuchung ist durch zwei Herangehensweisen bestimmt: einer historisch-diskursanalytischen und einer handlungstheoretischen. Diese Zweiteilung soll den methodischen Zugriff der Arbeit bestimmen.

In der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Gewalt ist man lange von der Grundannahme ausgegangen, dass mit dem fortschreitenden Prozess der Zivilisierung auch das Niveau der Gewalttätigkeit zwischen den Menschen abnehmen würde.¹⁸ Gewalt wurde aus dieser Perspektive, sofern sie nicht durch verfassungs- oder völkerrechtliche Verträge legalisiert ist, als deviant, irrational, und schädlich verstanden. Die moderne Gewaltforschung hat allerdings gezeigt, wie wenig sich Gewalt als soziales Phänomen nach normativen Begriffen oder in Fortschritts- und Defizitkategorien fassen lässt.¹⁹ Sie eröffnet stattdessen einen Zugang, der Gewalt nicht als „Betriebsunfall sozialer Beziehungen“, sondern als „Teil der großen weltgeschichtlichen Ökonomie, eine Option menschlichen Handelns, die ständig präsent ist“ begreift.²⁰ Neuere gewaltsoziologische Ansätze, die durch eine „dichte Beschreibung“ nicht mehr dem „Warum“, sondern dem „Was“ und „Wie“ der Gewalt nachgehen, bieten einen weiteren innovativen Ansatz, den es allerdings kritisch zu beleuchten gilt.²¹

¹⁷ Kocka, Jürgen / Haupt, Heinz-Gerhard: Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung. Frankfurt am Main 1996.

¹⁸ Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Bd. 2. Frankfurt am Main 1976. S.312ff.

¹⁹ Jackman, Mary R.: Violence in Social Life. In: Annual Review of Sociology (28) 2002. S. 387-415.

²⁰ Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht. Frankfurt am Main 1992. S.57

²¹ Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37. Opladen 1997.

Für die vergleichende Untersuchung soll der Fokus einerseits auf den spezifisch diskursiven Voraussetzungen, Entwicklungsschritten und der Interpretation von physischer Gewalt liegen. Ich gehe mit David Apter davon aus, dass gewaltsame Handlungen immer in einem diskursiven Kontext eingebettet sind und ohne diesen nicht verstanden werden können.²² Andererseits kann faschistische Gewalt nicht allein aus dem diskursiven, beziehungsweise ideengeschichtlichen Kontext heraus, erklärt werden. Folgt man der von Sven Reichardt vorgeschlagenen praxeologischen Perspektive, sollte der Faschismus „anhand seiner sozialen Praktiken, der routinisierten Formen seiner Handlungen und anhand der subjektiv wahrgenommenen Handlungsnormalität ihrer historischen Akteure“ bestimmt werden.²³ Basierend auf diesen theoretischen Vorüberlegungen sollen der Zusammenhang zwischen Gewalt und Vergemeinschaftung, wie auch symbolische und rituelle Funktionen von Gewalt behandelt werden.

THEMENSTELLUNG UND HYPOTHESEN

Ausgangspunkt für diese vergleichende Untersuchung ist die Beobachtung, dass in beiden südosteuropäischen Ländern faschistische Bewegungen entstanden, die einerseits Teil eines gesamteuropäischen Phänomens der Zwischenkriegszeit waren²⁴, andererseits eine Sonderstellung durch ihre spezifische Affinität zur rumänisch orthodoxen bzw. katholischen Kirche einnahmen. Während der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus bisweilen als Ausdruck eines modernen Heidentums galten, und mit ihrem hohen Grad an Ritualisierung eine unmittelbare Konkurrenz für die etablierten Kirchen darstellten²⁵, kamen sich die *Legion* und Orthodoxe Kirche beziehungsweise *Ustaša* und die Katholische Kirche nicht nur personell, sondern auch inhaltlich sehr nahe. Im Gegensatz zu „politischen Religionen“, die den fehlenden transzendentalen Bezug (vertikale Achse) durch eine Transzendenz mit Blick auf eine utopische Zukunft oder eine diesseitige Heilserwartung (horizontale Achse) ersetzten, integrierten die *Legion* als auch die *Ustaša* beide Achsen in ihr Sinn- und Deutungssystem. So wurde im „*Ustaša*-Statut“ aus dem Jahre 1932 der Einsatz von Gewalt und Terror durch einen Gotteseid untermauert²⁶, während sich die *Legionäre* als „Kreuzritter“ verstanden, die „im Namen des Kreuzes gegen die gottlosen Judenmächte zu Felde ziehen“.²⁷ So ist zum einen zu fragen, welchen Einfluss orthodoxe beziehungsweise katholische Traditionen auf die Gewaltdiskurse beider Bewegungen ausübten und welche legitimatorische Funktion sie besaßen. Zum anderen ist ausführlich zu analysieren, welche Rolle diese Sinnstiftungsmuster für das Gewalthandeln und den Gewalthabitus spielten. Besonders aufschlussreich wäre hierbei eine vergleichende Untersuchung des Toten- und Märtyrerkults.

Weitere Gründe für einen Vergleich der beiden Gruppierungen bieten Gemeinsamkeiten, wie die zeitklimatischen Umstände und Krisenerscheinungen im Anschluss an den Ersten Weltkrieg, welche für sie zur prägenden Erfahrung wurden. Auffällig hoch war in Rumänien der Anteil der von sozialer Marginalisierung bedrohten Studenten und Akademiker, jener (mehr oder weniger in direkter politischer Nähe zur *Legion* stehenden) „Jungen Generation“, die von namhaften Vertretern wie Mircea Eliade und Emil Cioran geprägt wurde. Auch in dem bisher zum kroatischen Faschismus gesichteten Material deutet

²² Apter, David Ernest: *The Legitimization of Violence*. New York 1997.

²³ Reichardt, Sven: *Die Praxis des Faschismus – Kontextualisiert und historisiert*. In: Griffin, Roger / Loh, Werner / Umland, Andreas (Hgg.): *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*. Stuttgart 2006. S. 371.

²⁴ Nolte, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche*. München 1990.

²⁵ Gentile, Emilio: *Fascism as a Political Religion*. In: *Journal of Contemporary History*. Bd. 25 (1990). S. 229ff.

²⁶ Hory, Ladislav / Broszat, Martin: *Der kroatische Ustaša-Staat 1941-45*. Stuttgart 1964. S. 20.

²⁷ Zelea-Codreanu, Corneliu: *Eiserne Garde. An meine Legionäre*. München 1972. S. 338.

vieles darauf hin, dass die *Ustaša* von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Studenten und jungen Akademikern vertreten wurde²⁸, was auf den für faschistische Bewegungen so charakteristischen „jugendlichen Charakter“ verweist. In diesem Zusammenhang ist zu untersuchen, inwieweit das „faschistische Jugendpathos“²⁹ ein vitalistisches Gewaltverständnis beinhaltete, das in der Gewalt einen von unmittelbarer Zwecksetzung unabhängigen „reinigenden“ und „befreienden“ Akt sah. Im Besonderen wird im kroatischen Falle zu prüfen sein, welche Rolle dabei die katholischen Jugendorganisationen *Hrvatski orlovski savez* (Kroatischer Adlerbund) und vor allem die *Križarska organizacija* (Kreuzritter) gespielt haben.³⁰

Überdies weisen die Entwicklungsverläufe beider Bewegungen deutliche Parallelen auf: So wird man unterscheiden müssen zwischen einer längeren Bewegungs- und Konsolidierungsphase in den zwanziger und dreißiger Jahren, die in unterschiedlicher Abfolge durch Illegalität bzw. Exil geprägt war und einer kürzeren Regierungs-Phase des „Nationallegionären Staats“ (Statul Național-Legionar) vom September 1940 bis Januar 1941 bzw. des „Unabhängigen Staates Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska) von 1941 bis 1945. Die quantitative Bestimmung der Tötungsgewalt spiegelt diese zeitliche Einteilung wider: Waren es in der ersten Phase meist gezielte Attentate auf einzelne politische Gegner, Journalisten oder „Verräter“ aus den eigenen Reihen, so handelte es sich in der Regierungs-Phase um Massenterror, der zweifellos die meisten Todesopfer forderte. Indes überstieg das Ausmaß des Terrors während der vier Jahre des „Unabhängigen Staates Kroatien“ die Gewalttaten im kurzlebigen „Nationallegionären Staat“ um ein vielfaches. Während im Zeitraum September 1940 bis Januar 1941 knapp 200 Menschen der Legionärgewalt zum Opfer fielen, kann von einer halben Million Menschen ausgegangen werden, die im Ustaša-Staat gewaltsam zu Tode gekommen sind.³¹ Auch wenn die Opferzahlen quantitativ höchst unterschiedlich ausfallen, gilt es zu zeigen, dass Gewalt in beiden Fällen zum Moment identitärer Selbstverortung und somit zum Inhalt des faschistischen Lebensstils wurde.

Gewalt als legitimes Handlungsmodell zur politischen Konfliktlösung war in der *Legion* als auch in der *Ustaša* eng mit der Vorstellung einer homogenen nationalen Gemeinschaft verknüpft. Bereits die Verheißung, „Gerechtigkeit“ durch Exklusion von „Fremden“ und „inneren Feinden“ (wieder)herzustellen, schloss die Bereitschaft Gewalt anzuwenden ein. Hier sind einige grundlegende Unterschiede festzuhalten: Bedingt durch die Spezifika der ethnisch-konfessionellen Antagonismen im SHS-Königreich und der Missionierungs- und Vorposten-tradition, die von der katholischen Kirche in Kroatien vertreten wurde, richtete die *Ustaša*-Ideologie ihre Kampfansage primär gegen die serbisch-orthodoxe Bevölkerung und darüber hinaus gegen das Freimaurertum und Judentum (als vermeintliche Träger des Jugoslawismus). Die muslimische Bevölkerung hingegen wurde in Anlehnung an den Ausspruch von Ante Starčević (1823-1896) als „reinsten Teil“ der kroatischen Nation qualifiziert. In der legionären Ideologie nahm der Antisemitismus eine zentralere Rolle ein, wobei der Begriff „Jude“ zugleich all das vereinigte, was es zu bekämpfen galt: Demokratie, Kommunismus, Freimaurertum und das „Politikastertum“. Gerade diese Differenzen zwischen dem rumänischen und kroatischen Fall lassen eine vergleichende Untersuchung

²⁸ *Sundhaussen, Holm*: Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945, Stuttgart 1983. S. 72. Ders.: Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems, in: Österreichische Osthefte 37 (1995). S. 502.

²⁹ *Reichardt, Sven*: Faschistische Kampfbünde: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln (u.a.) 2002. S. 355.

³⁰ *Prlenda, Sandra*: Young, Religious, and Radical: The Croat Catholic Youth Organizations 1922- 1945. In: Lampe, John / Mazower, Mark (Hgg.): Ideologies and National Identities. The case of Twentieth Century Southeastern Europe. Budapest 2003. S. 82-109. Vgl. auch: *Buchenau, Klaus*: Kämpfende Kirchen. Jugoslawiens religiöse Hypothek. Frankfurt am Main (u.a.) 2006. S.53ff.

³¹ *Sundhaussen* (1995), S. 531.

besonders interessant und fruchtbar erscheinen. Ich möchte zeigen, wie sich trotz der etwas anders gelagerten ideologisch-politischen Vorstellungen ähnliche Sinnstiftungs- und Legitimationsmuster in Bezug auf Gewalt herausbildeten.

Abstract von Marc Živojinović

„Der jugoslawische Titokult 1941-1991 – Motiv, Organisation und Entwicklung“

Promotionsvorhaben am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Betreuer: Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Brandes) / Max-Weber-Kolleg für sozial- und kulturwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt (Betreuer: Prof. em. Dr. Wolfgang Reinhard)

Zielsetzung

Der Personenkult um den Staats- und Parteichef Josip Broz Tito prägte das sozialistische System Jugoslawiens in einem Zeitraum von über 40 Jahren. Dem bisher vorherrschenden Forschungsdesiderat in Hinblick auf den titoistischen Personenkult soll durch das Promotionsvorhaben begegnet werden. Dazu werden Faktoren zu untersuchen sein, die als grundlegend für die Genese, Institutionalisierung und Ritualisierung des politischen Kultes erscheinen.

In der Arbeit soll der Leitfrage nachgegangen werden, wie das Charisma Titos unter Zuhilfenahme von mythenhaften Narrativen in einen Personenkult transformiert und wie der Kult auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlich vermittelt wurde. Durch eine Untersuchung der Organisationsstrukturen und Vermittlungsebenen sollen die beabsichtigten Selbstdarstellungseffekte, Motive und Praktiken der politischen Instrumentalisierung des Kultes kritisch hinterfragt und seine Trägerschichten, Akteure und Rezipienten in Staat und Gesellschaft identifiziert werden.

Methodische Ansätze, Fragestellungen und Hypothesen

Die Grundlagen der Studie sollen vor allem Primärquellen liefern, die auf dem Wege der qualitativen Inhaltsanalyse und Quellenkritik zu untersuchen sein werden. Dabei wird auch nach der Konstruktion einer jugoslawischen Identität wie nach der Prägung des kollektiven Gedächtnisses durch Geschichts- bzw. Erinnerungspolitik gefragt werden. Da Führer- und Personenkulte ohne Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften undenkbar sind, müssen auch die jugoslawische Presse und entsprechende Periodika als Vermittlungsinstanzen des Kultes in die Untersuchung miteinbezogen werden. Dabei erscheint eine parallele Betrachtung und der auswertende Vergleich der auflagenstärksten serbischen und kroatischen Tageszeitungen für bestimmte Ereignisse und wiederkehrende Elemente des Kultes (z.B. Festtage) als sinnvoll.

Neben Überlegungen aus der historischen Mythosforschung soll Max Webers Konzept der charismatischen Herrschaft als theoretischer Bezugsrahmen dienen, mit dessen Hilfe eine Charakteristik der von Charisma geprägten Herrschaftspraxis Titos erstellt werden kann. Dabei wird der dynamische Prozess der „Charismatisierung“ und „Veralltäglichung“ in der Entwicklung des Kultes (vom „Kriegskommunismus“ zur „bürokratisierten sozialistischen Marktwirtschaft“) als sich ständig aktualisierende soziale Beziehung nachgezeichnet. In diesem Zusammenhang soll zudem auf die Momente der „Bewährung“ des Charismaprätendenten eingegangen werden, die ihren Ausgang im später mythisierten Partisanenkampf nahmen und sich über die Bewahrung der Unabhängigkeit nach dem Bruch mit Stalin 1948 und die wachsende internationale Bedeutung Jugoslawiens infolge der Gründung der Organisation der Blockfreien Staaten 1961 bis zum Tode Titos verfolgen lassen. Daneben spielten die spürbare Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung und

die zyklische Liberalisierung des Systems (z.B. Reisefreiheit) als Faktoren für die positive Einschätzung der Herrschaft Titos eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Auf funktionaler Ebene kann davon ausgegangen werden, dass der Personenkult als integratives und legitimierendes Element herrschaftsstabilisierend für das ethnisch, religiös und kulturell homogene Staatswesen wirkte. Dabei ging es den politisch dominierenden Kräften primär um Loyalitätsbildung in der Bevölkerung und die Absicherung der führenden Rolle der Partei - hierbei auch der führenden Rolle Titos innerhalb der Partei. Bis in die 1960er Jahre wurde zudem der Versuch unternommen, eine vom Titokult überwölbte gesamtjugoslawische Identität jenseits der Phrasen von „Brüderlichkeit und Einheit“ zu konstruieren.

Nachzuzeichnen ist ferner, welche Vermittlungsebenen das Regime zur ubiquitären Verbreitung des Kultes nutzte. Diese reichten von klassischen Medien einer „sozialistischen Hagiographie“ (Biographien, Denkmäler, Gedichte) bis zum Einsatz moderner Massenmedien (panegyrische Lieder, Filme, Plakate) und aufwändig inszenierten Massenfesten zur Huldigung des Staatschefs.

Dabei muss auch die Frage nach repressiven Exklusionsmechanismen gestellt werden, die sich anhand der Betrachtung des staatlichen Umgangs mit Kritikern und Verweigerern des Kultes beantworten lässt. Der offen zur Schau gestellte Pomp des titoistischen Zeremoniells und das einer kommunistischen Bescheidenheit entgegenstehende Luxusleben des Staatschefs werfen die interessante Frage auf, welche Werte durch den Titokult intendiert oder unintendiert vermittelt wurden.

Für die Zeit nach dem Tode Titos im Jahr 1980 ist die These zu überprüfen, dass die Transformation des Personenkultes in einen Totenkult auf ein Kontinuitätskonstrukt zielte, das der nachfolgenden kollektiven Staatsführung Legitimität verschaffen und das Fehlen eines umfassenden politischen Konzepts zur Überwindung der bereits virulenten Wirtschafts- und Systemkrise überspielen sollte. Die Mitte der 1980er Jahre einsetzende und äußerst dynamisch verlaufende Erosion des Titokultes, die analog zum Auseinanderdriften der Föderation verlief, soll am Beispiel Serbiens verdeutlicht werden, wo sich Slobodan Milošević zunächst als würdiger Nachfolger Titos - mithin als „zweiter Tito“ - zu stilisieren versuchte, um dann auf einen chauvinistischen Kurs umzuschwenken und Tito als Feind des serbischen Volkes zu verdammen.

Die Erarbeitung einer Topographie des titoistischen Personenkultes, zu der Erinnerungsorte des Partisanenkampfes und der Geburtsort des Staatschefs gehören werden, kann zu der Frage überleiten, ob der Kult noch heute regional differenziert weiterwirkt und auch auf den jetzigen Umgang mit der Erinnerung an die kommunistische Herrschaft verweisen.

In Hinblick auf gesellschaftliche Trägerschichten, die der Verbreitung des Kultes Vorschub leisteten, werden neben der Kommunistischen Partei (SKJ) und der jugoslawischen Volksarmee (JNA) vor allem die Massenorganisationen, wie die Gewerkschaften, der „Bund der sozialistischen Werktätigen Jugoslawiens“ (SSRNJ), Jugend- bzw. Studentenorganisationen (SSOJ/ SSJ) und der Veteranenverband (SUBNOR) zu untersuchen sein, deren Wirken sich durch die Untersuchung der Archivbestände rekonstruieren lässt.

Stand der Arbeit

Bislang wurde die in Deutschland zugängliche Sekundärliteratur ausgewertet, wobei neben den einschlägigen Werken zur Person Josip Broz Tito auch Arbeiten zum Charismabegriff Max Webers, zur Erinnerungskultur im (ehemaligen) Jugoslawien, zur allgemeinen Geschichte Jugoslawiens seit dem Zweiten Weltkrieg, zu historischen Mythen, Personenkulten und Erinnerungsliteratur ausgewertet und exzerpiert wurden. Für 2008 und 2009 sind Forschungsreisen für Bibliotheks- und Archivrecherchen nach Serbien und

Kroatien geplant. In Belgrad sollen neben der Universitäts- und Nationalbibliothek das vormalige Bundesarchiv Jugoslawiens und das Archiv Serbiens besucht werden. In Zagreb sind Recherchen im kroatischen Staatsarchiv, der Nationalbibliothek sowie im Firmenarchiv von Croatia Records (vormals „Jugoton“) vorgesehen. Die Fertigstellung der Dissertation soll bis Ende 2009 erfolgen.

Abstract von Valeska Bopp

„Erinnerungen an den Kommunismus in Rumänien Individual- und Familienbiographien im Prozess gesellschaftlicher Transformation“

Dissertationsprojekt am Historischen Seminar der Universität Leipzig

[Abstract] „Was ist geblieben?“ Welche Spuren des Kommunismus finden sich in lebensgeschichtlichen Interviews verschiedener Generationen in Rumänien? Was verbirgt sich für die Befragten hinter dem Begriff „Kommunismus“? In welchen Darstellungsmodi wird davon gesprochen? Welche Rolle spielt die Revolution von 1989 in der eigenen Lebensgeschichte? Dies sind die Kernfragen, die mich beschäftigen. Es geht um „erfahrene Geschichte“ auf der einen Seite und „erfahrenen (öffentlichen) Diskurs“ auf der anderen Seite. Denn auch nach 17 Jahren gibt es in Rumänien keine Einigung darüber, was die kommunistische Zeit für das Land und seine Bevölkerung bedeutet hat. Ganz zu schweigen von der rumänischen Revolution 1989, über deren Hintergründe es noch immer viele Spekulationen gibt. Für die mit der kommunistischen Zeit und der Revolution in Zusammenhang stehenden öffentlichen Deutungsangebote wird gefragt: Finden diese einen Widerhall und Akzeptanz bei daran nicht aktiv beteiligten Rezipienten? Stimulieren die Diskurse und öffentlichen Auseinandersetzungen auch private Erinnerungen? Stellen die in Zeitungen ausgetragenen Debatten einen Stimulus von Erinnerung dar? Oder stimulieren sie Vergessen bestimmter anderer Themen? Welche Spuren des öffentlichen Diskurses lassen sich wiederfinden in erzählten Biographien? *Wie orientieren sich die Befragten?* Welche Einflüsse hat die „Offenheit“ der Bewertung vieler Ereignisse, die Polyphonität, in der sie im öffentlichen Raum erinnert werden, für die Geschichten (und Darstellungsweisen) in einzelnen (Lebens-)Geschichten? Wie werden Erfahrung und rezipierter gesellschaftlicher Diskurs zusammen gebracht? – Verfolgt werden die eigensinnigen Prozesse der (individuellen) Sinnstiftung in einem generellen Prozess der „historisch-politischen Selbstfindung“³² der postkommunistischen Länder, hier Rumäniens. Die Arbeit ist theoretisch eingebettet in die Diskussionen um Erinnerungskultur, sucht aber die oft vernachlässigte Rezeptionssseite von öffentlichen Deutungs-aushandlungen. Die Annäherung an das Thema erfolgt durch die interpretative Analyse von Lebensgeschichten aus drei Generationen. Die Arbeit ist stark interdisziplinär angelegt. Da sich vielfältige Prozesse bei Erinnerung und Meinungsbildung überlagern, ist hier die biographische Herangehensweise gekoppelt mit Vergleichen der Erinnerungen und Einstellungen innerhalb der Familie und soll stattfinden unter Berücksichtigung neuerer Beiträge der Gedächtnisforschung zur verschiedenen Qualität von Erinnerungen und ihren Ursachen.



„Es lebe die EU“ I „Es lebe
Ceaușescu“
Rumänien heute...

Aus: Libertatea, 20. Dezember 2006, S.

³² (Corbea-Hosie u.a. 2004:7)

[Art des Materials] Ich habe 45 lebensgeschichtliche Interviews in 18 verschiedenen Familien mit jeweils verschiedenen Generationen geführt: in Bukarest, der rumänischen Hauptstadt, in Alexandria, einer Kleinstadt etwa eine Stunde von Bukarest entfernt, die besonders hart von Abwanderung und Arbeitslosigkeit betroffen ist, und in Temesvar, der (auch im übertragenen Sinn) „westlichsten“ der rumänischen Städte, in der 1989 die Revolution ihren Anfang nahm. Die meisten Interviews sind auf Rumänisch geführt, etwa ein Fünftel auf Deutsch, da einige der Befragten mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen ist. Die Familien wurden über das „Schneeballprinzip“ gefunden. In der Großelterngeneration gibt es am wenigsten Interviews, da nicht alle noch leben, zum Teil auch kein Interview führen wollten. In der Elterngeneration liegt das Berufsspektrum zwischen Sekretärin und Arzt/Ärztin. Die Kinder haben alle studiert oder werden dies voraussichtlich tun.

[Stand der Arbeit] Ich habe im Herbst 2005 mit der Arbeit begonnen, im Jahr 2006 die Interviews geführt und parallel zum öffentlichen Diskurs gearbeitet. Seit Januar 2007 habe ich begonnen, die Einleitung und den Theorieteil zu entwerfen. Der Großteil der Interviews ist bereits transkribiert. Derzeit bin ich dabei, die Interviews auszuwerten und eine Auswahl für Fallrekonstruktionen zu treffen, d.h. Familien, deren biographische Selbstpräsentationen ich ausführlich vorstelle. In dieser Form ausgewertet werden voraussichtlich etwa fünf Familien, die anderen werden implizit einfließen in sich anschließenden Kapiteln, in denen es um den Versuch einer Generalisierung der Beobachtungen, u.a. nach Generationen, gehen wird.

[Anliegen für das Kolloquium] Nachdem ich im letzten Jahr bei der Suche nach einer thematischen Eingrenzung vor allem die Erinnerung an die Revolution von 1989 ins Auge gefasst hatte (vgl. Expose für Wolfenbüttel 2006), geht es mir dieses Mal darum, die neue Gliederung der Arbeit, die thematisch wieder sehr viel umfassender geworden ist, zur Diskussion zu stellen. Die Frage nach der *Art der Erinnerung* und *Thematisierung der Vergangenheit* ist erhalten geblieben. Dabei folge ich in Bezug auf die Themen jedoch zunächst den InterviewpartnerInnen.

Methodisch nähert sich die Auswertung stark an Arbeiten aus der soziologischen Biographieforschung an. Zur Veranschaulichung und Diskussion der methodischen Umsetzung der biographischen Mehrgenerationenanalyse werde ich überblicksartige Interpretationen zu den vier bisher am weitesten durchdachten Familien-Fallstudien vortragen: In einer intellektuellen Familie geht es in den Selbstpräsentationen um die Konstruktion von Dissidenz vor und nach 1989, in zwei anderen Familien um den Umgang mit kommunistisch-(politisch-)aktiven Familienmitgliedern, und in einer Familie um die Erinnerung an einen Großonkel, der im Widerstand aktiv war und somit das damalige und z. T. gegenwärtige Leben der Familienmitglieder erschwert(e).

Die Erinnerung an die Revolution von 1989 wird in einem eigenen Kapitel thematisiert. In einem weiteren Kapitel wird es um generationenspezifische Arten der Erinnerung gehen. Da es in diesen um verallgemeinerbaren Beobachtungen geht, werden für diese beiden Kapitel alle gemachten Interviews herangezogen. (*Stand Dienstag, 10. Juli 2007, VB*)

Valeska Bopp, Promotionslektorin der Robert Bosch Stiftung an der Historischen Fakultät der Universität Bukarest (2005-2007) valeska_bopp@gmx.de
--

Abstract von Michael Hein

„Verfassungspolitik in Südosteuropa Bulgarien, Rumänien und Kroatien nach 1989 im Vergleich“

Dissertationsprojekt

In dieser Arbeit werden die Verfassunggebungen, Verfassungskonflikte und Verfassungsreformen in Bulgarien, Rumänien und Kroatien seit 1989 vergleichend untersucht. Ausgangspunkt für diese Analyse ist die Beobachtung, dass es in den genannten Staaten in den vergangenen Jahren vermehrt zu politischen Krisen gekommen ist. Diese können auf ungünstige Verfassungskonstruktionen zurückgeführt werden, zu denen problematische politische Kulturen, Rechtskulturen bzw. -traditionen sowie klientelistische Netzwerke problemverstärkend hinzutreten. Im Zentrum der Untersuchung stehen Auseinandersetzungen zwischen der Legislative und der Exekutive auf der einen und der Judikative sowie der Verfassungsgerichtsbarkeit auf der anderen Seite. Von besonderer Wichtigkeit sind dabei die Politisierung juristischer Institutionen und der politische Einfluss der Verfassungsgerichte. Hier dominiert bisher eine Perspektive, die nach der Unabhängigkeit der »Dritten Gewalt« von politischer Einflussnahme seitens der Regierung bzw. des Parlaments fragt. Noch kaum in den Blick genommen ist hingegen das Phänomen, dass sich Justizorgane über klientelistische Beziehungsstrukturen gerade deshalb politisieren lassen, weil sie umfangreiche Autonomierechte genießen und keiner wirksamen Inter-Gewaltenkontrolle ausgesetzt sind. Kernfrage der Analyse ist, in welchem Maße es den drei Staaten gelingt, ihre strukturellen Verfassungsprobleme zu lösen. Im Gegenzug wird untersucht, inwieweit die politische Stabilität der demokratischen Regierungssysteme durch problematische und gleichzeitig rigide konstitutionelle Normen gefährdet war bzw. ist. Daneben wird analysiert, welche Rolle die Europäische Union in den Verfassungspolitiken Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens spielt.

In einem ersten Schritt werden die drei Verfassunggebungen bezüglich der problematischen konstitutionellen Regelungsbereiche zeitgeschichtlich aufgearbeitet. Dabei soll gezeigt werden, wie in den Verfassungsordnungen latente Konflikte angelegt wurden. In einem zweiten Schritt werden die manifest aufgetretenen Verfassungskonflikte untersucht, die sich aus den latenten Verfassungsproblemen entfaltet. Der dritte Schritt ist schließlich die Analyse der Verfassungsreformen in Bezug auf diese Konflikte. Dabei wird nicht nur darauf eingegangen, welche Restriktionen die Verfassungsordnungen selbst für die denkbaren Lösungen aufweisen, sondern vor allem, welche Problemwahrnehmungen in den politischen Eliten dominieren. Im Besonderen wird geprüft, ob bzw. in welchem Maße überparteiliche, langfristig orientierte und investive Verfassungspolitik betrieben wird, oder ob sich die Akteure primär an strategischen, kurzfristig-konsumtiven Kalkülen orientieren.

Die Arbeit versteht sich als Beitrag zur vergleichenden politikwissenschaftlichen Südosteuropaforschung. Als Untersuchungsdesign wurde die vergleichenden Fallstudie gewählt. Ihr Ziel ist es, die Fälle Bulgarien, Rumänien und Kroatien jeweils in ihrer Gesamtheit zu erfassen und zu erklären. Die entwickelten Hypothesen sollen dann im systematischen Vergleich der drei Länder erhärtet bzw. modifiziert werden. Eine wesentliche Leistung der Arbeit ist daher die detaillierte Deskription der Verfassunggebungen, Verfassungskonflikte und Verfassungsreformen in den drei Ländern.

Die Untersuchung erfolgt in der Perspektive der modernen sozialwissenschaftlichen Systemtheorie Niklas Luhmanns. Mit den Begriffen dieses Ansatzes lassen sich die Logiken von Recht und Politik und vor allem ihr problematisches Verhältnis zueinander adäquat beschreiben. Namentlich die Verfassungsgerichtsbarkeit ist in diesem Modell als eine Institution erfassbar, die generell sowohl im Recht als auch in der Politik agiert.

Auch die politischen Einflüsse judikativer Organe (etwa: von Staatsanwaltschaften) lassen sich angemessen beschreiben. Außerdem lassen sich der Zusammenhang zwischen formalen und informalen

Regeln sowie die Phänomene von Korruption und Klientelismus gut mit der Unterscheidung von Funktions-, Organisations- und Interaktionssystemen bearbeiten. Zur Analyse der konkreten Prozesse, also der Verfassungsgebungen, der Verfassungskonflikte und der Verfassungsreformen, werden zudem akteurtheoretische Modelle integriert. Wichtigste Untersuchungsmethode ist eine Dokumenten- und Presseanalyse. Neben der Untersuchung der einschlägigen offiziellen Dokumente (Sitzungsprotokolle, Gesetze, Gesetzes- und Verfassungsänderungen, Gerichtsurteile, EU-Fortschrittsberichte usw.) erfolgt eine Auswertung der Landespresse. Gegebenenfalls wird diese Vorgehensweise durch einzelne »Experteninterviews« ergänzt.

Für Bulgarien und Kroatien erfolgt dies in den Landessprachen. Für Rumänien muss hingegen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse auf deutsch- und englischsprachige Quellen zurückgegriffen werden, was aber in Anbetracht mehrerer deutsch- und englischsprachiger Tageszeitungen in Rumänien sowie einer Vielzahl übersetzter Dokumente als vertretbar erscheint.

Die Dissertation schließt an meine Magisterarbeit an. Diese Untersuchung des Verfassungskonflikts und der Verfassungspolitik in Bulgarien 2002–2005 hat für die Dissertation die Stellung einer explorativen Fallstudie. Für die vergleichende Studie wurde die bulgarische Verfassungsentwicklung seit 2005 systematisch weiterverfolgt, so dass ein wesentlicher Teil der empirischen Untersuchung dieses Falles bereits erbracht ist. Des Weiteren konnte bis jetzt der theoretische Rahmen weitgehend fertig gestellt werden. Dabei wurde eine Reihe von Thesen über die Funktionalität gewaltenteiliger Verfassungsordnungen und zur Erklärung von Verfassungskonflikten erarbeitet, die abschließend vorgestellt werden:

× Eine gewaltenteilige Verfassungsordnung muss die Differenzierung von Politik und Recht so berücksichtigen, dass die Tätigkeit der Verfassungsorgane der judikativen Staatsfunktion nicht von politischen Kriterien, und die Tätigkeit der Verfassungsorgane der exekutiven Staatsfunktion nicht von rechtlichen Kriterien bestimmt wird. Die legislative Staatsfunktion muss so organisiert sein, dass sie einerseits die politische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition ermöglicht, andererseits rechtliche Sorgfalt bei der Gesetzgebung sichert. Werden diese Anforderungen erfüllt, so kann die Verfassung ihre Funktionen für die beiden Funktionssysteme Politik und Recht – strukturelle Kopplung und Entparadoxierung – erfüllen. Ist dies jedoch nicht der Fall, wird es systematisch zu Konflikten und Dysfunktionen in beiden Systemen kommen.

× Die Verfassungskonflikte in Bulgarien, Rumänien und Kroatien wurden in den Konstitutionen latent angelegt durch weite Kompetenzen bei zugleich umfangreichen Autonomierechten für die Organe der Judikative und die Verfassungsgerichte, in Bulgarien und Rumänien noch gekoppelt mit hoher Rigidität der Verfassungen. Infolge dessen sind die genannten Institutionen über personelle Verbindungen stark politisierbar, aber kaum durch die anderen Gewalten in ihrer Aufgabenerfüllung kontrollierbar.

✘ Die spezifische Konstellation der postsozialistischen Verfassungsgebungen zu dem sehr frühen Zeitpunkt 1990/91 ermöglichte die späteren Verfassungskonflikte:

✘ In Bulgarien und Rumänien lag die Schaffung eines Verfassungsgerichts im Interesse der Postkommunisten, um Legitimität für die fortdauernde Machtausübung zu erlangen und durch eine spezifische Konfiguration von Kompetenzen und Richterwahl eine spätere Verfolgung von Verbrechen aus der staatssozialistischen Zeit zu verhindern. Aus letztgenanntem Interesse kam es auch zu einer gleichsam hermetischen Abschließung der Judikative, wobei eine hohe strukturelle Kontinuität der Rechtsinstitutionen aus der staatssozialistischen Zeit gewahrt wurde. Bei beiden institutionellen Arrangements konvergierten diese Interessen mit dem »negative constitutionalism« der Opposition.

✘ Aus den gleichen Gründen wurden in beiden Ländern höchst rigide Regeln für Verfassungsänderungen eingeführt. In Kroatien hingegen sicherte sich das Tuñman-Regime durch relativ geringe Anforderungen an Verfassungsänderungen die Möglichkeit, die Strukturen des Regierungssystems gegebenenfalls ändern zu können.

✘ Daraus erklärt sich auch der unterschiedliche Erfolg in der Lösung der Verfassungskonflikte: Kroatien hat diese vor allem deshalb rasch bewältigen können, da die leichte Änderbarkeit der Konstitution eine umfangreiche Verfassungsreform ermöglichte. In Bulgarien und Rumänien hingegen sind bisher nur Teile der problematischen Verfassungsstrukturen geändert worden, was im Wesentlichen auf die hohe Rigidität der Konstitutionen zurückgeführt werden kann. Die empirische Untersuchung soll diese Arbeitshypothesen belegen bzw. modifizieren.

<p>Michael Hein Universität Greifswald, Institut für Politikwissenschaft michael.hein@uni-greifswald.de</p>

Abstract von Sandra Busch-Janser

„Die Sozialisierung von Transformationsstaaten durch internationale Organisationen am Beispiel Kroatiens“

1. Dimension und Aktualität der Arbeit

Der EU-Gipfel am Wochenende hat nicht nur die Weichen für eine weitergehende Integration, sondern auch für die Erweiterung der Europäischen Union neu gestellt. Als aussichtsreichster Kandidat für die nächste Erweiterungsrunde gilt Kroatien, das seit seiner Unabhängigkeit eine wechselvolle Geschichte durchlaufen hat. Für die Transformation Kroatiens hin zu einem Kandidaten für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union waren insbesondere die Europäischen Union, aber auch andere internationale Organisationen wie die OSZE prägend.

Um die Implementierung von westlichen Normen bei der Transformation durchzusetzen, hat sich die Europäische Union im Laufe der Verhandlungen mit Kroatien sehr resolut gezeigt und dabei auch nicht vor radikalen Maßnahmen wie dem Stopp der Beitrittsverhandlungen zurückgeschreckt. Bei den Verhandlungen hat die EU das Recht der internationalen Gemeinschaft auf ihrer Seite und gleichzeitig verfügt sie über gewisse Druckmittel, die zu einer „Europäisierung“ Kroatiens führen. Auf der anderen Seite steht die kroatische Regierung, die sich immer wieder in einem Dilemma befindet, da sie bei kritischen Entscheidungen abwägen muss, ob sie sich für die internationale Anerkennung und die Integration in die westliche Gemeinschaft als Belohnung für uneingeschränkte Annahme der, von der westlichen Gemeinschaft vorgegebenen Werte und Normen entscheidet oder ob sie gegen die Annahme der Vorgaben für den eigenen Machterhalt und eine stabiles politisches Klima im Inneren eintritt. Während in westlichen Staaten in weiten Teilen ein Konsens über Werte und Normen besteht, der diesem Dilemma vorbeugt, baut sich in Transformationsstaaten oft ein Spannungsfeld zwischen der innerstaatlichen Werteordnung und den Standards der westlichen Staatengemeinschaft auf. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch internationale Organisationen wie beispielsweise der Europäischen Union, tritt dann als sozialisierende Instanzen auf, die durch ihre materiellen und normativen Anreize einen gewissen Druck auf die Transformationsländer erzeugt. Welche Wirkung dieser Anpassungsdruck entfaltet und wie die Entwicklung konkret verläuft, ist jedoch in jedem Staat anderes.

Die unterschiedliche Entwicklung in den Transformationsstaaten ist abhängig von der innerstaatlichen Sozialisation, bei der unterschiedliche Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Relevant sind beispielsweise historische Erfahrungen, die auch das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung prägen. Die kulturelle Identität und das Selbstbild der Bevölkerung sowie der politischen Akteure bilden einen „Resonanz“-Körper, der die liberalen Werte und Normen, die von der internationalen Gemeinschaft vorgegeben werden, in unterschiedlicher Weise wiederhallen lässt. Hinzu kommt, dass der gegebene Einfluss der Vergangenheit auf die politische Gegenwart und Zukunft, noch durch politische Akteure verstärkt werden kann.

2. Fallbeispiel Kroatien

In dieser Arbeit geht es speziell um die Entwicklung Kroatiens. Kroatien stellt einen besonders interessanten Fall dar, da es als Bundesstaat der ehemaligen Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien beim Zerfall des Vielvölkerstaates optimale Voraussetzung besaß, um eine Transition schnell und erfolgreich zu vollziehen. Für Jugoslawien gab es bereits Kooperationsabkommen mit der EWG und Kroatien war – zusammen mit Slowenien – das Bundesland mit der besten Infrastruktur und einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsleistung, insbesondere aufgrund des Tourismus. Die westliche Orientierung durch die Nähe zu Österreich und Italien unterstützten die positiven Prognosen, doch während Slowenien bereits im Mai 2004 aufgenommen wurde, wurden die Verhandlungen mit Kroatien erst 2005 aufgenommen.

Die politischen Ereignisse nach der Unabhängigkeit haben Kroatien in seinem Transformationsprozess weit zurückgeworfen, so dass das Land nach dem Tod Franjo Tudjmans und unter der Regierung Ivica Račans erst eine zweite Demokratisierungswelle durchlaufen musste. Nach dem Regierungswechsel 2000 hatte das Land schließlich große Fortschritt auf dem Weg in die Europäische Union gemacht, die die Beitrittsverhandlungen überhaupt erst in greifbare Nähe haben rücken ließen.

3. Arbeitsthesen

Um diese Entwicklung in Kroatien nachzuvollziehen wurden folgende Arbeitsthesen aufgestellt:

- Die Resonanz von liberalen Werten, die insbesondere durch die EU repräsentiert werden, ist abhängig von nationalen staatlich-gesellschaftlichen Strukturen
- Die Internationale Gemeinschaft – insbesondere die EU – beeinflusst die Handlungsräume der nationalen Akteure indem es die „innenpolitischen Kosten“ für die Transformationsstaaten beeinflusst
- Der Anpassungsdruck der EU mit der Konsequenz pro/contra EU führen zu nationalen Konflikten
- Die Regierung ist von externen und internen Faktoren abhängig und wird durch inter- und transnationale Interessenkonstellationen beeinflusst

4. Theoretischer Ansatz

Bei der Betrachtung der Transformation stellt sich vor allem die Frage, wie und warum werden westlichen Normen und Werte im innerstaatlichen System der Transformationsländer implementiert. Hier bietet die Theorie der „Rhetorical Action“ oder des „Rhetorischen Handelns“ nach Frank Schimmelfenning einen Erklärungsansatz, der in dieser Arbeit am Fallsbeispiel Kroatiens angewendet werden soll. Bei der Beurteilung des Einflusses der Europäischen Union auf die Entwicklung in Kroatien steht das Spannungsfeld zwischen der innerstaatlichen Werteordnung und den Standards der westlichen Staatengemeinschaft im Vordergrund. Eine Resonanz ist feststellbar, wenn es eine Übereinstimmung von EU-Regeln mit vorherrschenden institutionellen Traditionen, grundsätzlichen Überzeugungen und Einstellungen sowie dominanten Diskursen innerhalb der politischen Kultur gibt. Laut Schimmelfennig bestimmt die Resonanz vor allem die „argumentative Reaktion“ der Akteure. Die „praktische Reaktion“ und somit die formale Implementierung folgt gemäß der Hypothese Schimmelfennigs dem rationalistischen Ansatz und ist abhängig von der Höhe der innenpolitischen Kosten. Neben materiellen Kosten, die beispielsweise durch die Nicht-Zuteilung von Fördergeldern oder durch Sanktionen

entstehen, müssen auch soziale Kosten berücksichtigt werden, da beispielsweise Vertrauensverlust und der Verlust von internationalem Ansehen sich negativ auf den Machterhalt auswirken könnten. Diese verschiedenen Aspekte deuten den Handlungsrahmen an, von dem die Akteure bei der Implementierung von internationalen Werten und Normen umgeben sind. Hier muss jeweils die Frage beantwortet werden, ob die innenpolitischen Kosten die externen Anreize der internationalen Organisationen überwiegen.

5. Historischer Kontext und politisches System

Die innenpolitischen Bedingungen beeinflussen wesentlich die Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern. Besonders augenfällig wird dies, wenn man Länder mit annähernd gleichen Ausgangsbedingungen wie beispielsweise Kroatien und Slowenien vergleicht. Während Slowenien das „institution-building“ ohne größere Probleme vollzogen und zur ersten Erweiterungsrunde gehört hat, kämpft Kroatien noch immer mit reformresistenten Institutionen wie beispielsweise dem Justizsystem.

Prägend für aktuelle Entwicklung Kroatiens ist sicherlich der über die Jahrhunderte wechselhafte Verlauf der kroatischen Geschichte, der stets zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft schwankte. Dokumentiert wird die Geschichtsbezogenheit der kroatischen Politik insbesondere im erste Teil der, in der ersten Phase der Transformation entstandenen, kroatischen Verfassung (1990), der mit dem Titel „Historische Grundlagen“ beginnt.

Die Weichen, die durch die kollektive Erfahrung gestellt wurden, beeinflussen nicht nur die nationale Identitätsbildung, sondern auch die Wahrnehmung gegenüber den Sozialisierungsbemühungen der westlichen Wertegemeinschaft. Die Entwicklung von Institutionen und politischer Kultur kann nur unter der Berücksichtigung historischen Vorgaben nachvollzogen werden, die auch die Anschlussfähigkeit der vermittelten internationalen Normen und Werte bestimmen.

Abstract von Ines Lietzke

„Innerstaatliche Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Der Kosovo“

Universität Duisburg-Essen

Zielsetzung

„Sicherheit erreicht man nicht, indem man Zäune errichtet,
Sicherheit gewinnt man, indem man Tore öffnet.“¹

Die Europäische Union gilt als Garant für Sicherheit und Stabilität. Ob die Orientierung der angrenzenden Regionen an der Europäischen Union jedoch tatsächlich eine geregelte und friedliche Konfliktbeilegung garantieren und somit zu Sicherheit und Stabilität führen, wurde bislang nur unzureichend wissenschaftlich erforscht. Somit soll in der Dissertation folgende These untersucht werden:

Eine verstärkte Ausrichtung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auf die Europäische Union und deren explizites und implizites Normensystem (hier bezeichnet als Europäisierung) fördert die Akzeptanz von friedlichen und geregelten Formen des Konfliktaustrags in innerstaatlichen Konflikten.

Das Thema führt die Untersuchungen des Forschungsprojekts „Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Griechenland und seine Nachbarn Mazedonien und Türkei“ von Prof. Dr. Axt am Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg-Essen fort. Dieses analysiert anhand zwischenstaatlicher Konflikte die Auswirkungen der Europäisierung auf Konfliktbeilegung und bearbeitet ferner die Frage nach der Chance zur Etablierung einer neuen Kultur der Konfliktbearbeitung im zusammenwachsenden Europa. Dabei wurde ein eigenes analytisch-theoretisches Konzept entwickelt. Mit dessen Hilfe soll die Frage nach der Wirkung von Europäisierungsprozessen auf die Beilegung von Konflikten beantwortet werden.

Das Ziel der Promotionsarbeit besteht darin, anknüpfend an das o. g. Projekt die Anwendbarkeit des entwickelten Konzepts auf die Untersuchung der Beilegung von *innerstaatlichen* Konflikten zu testen und gegebenenfalls zu bestätigen. Zur empirischen Überprüfung wird hierzu als Fallbeispiel der Kosovo ausgewählt, der eine entscheidende Rolle in der nachhaltigen Stabilisierung des westlichen Balkans einnimmt. Die Arbeit wird von vier Fragestellungen geleitet:

1. Können vorliegende Theorien und Konzepte dazu dienen, die unterstellten positiven Effekte der Europäisierung auf die Beilegung von innerstaatlichen Konflikten zu erklären? (theoretische Dimension)

Die Dissertation greift auf das im o. g. Forschungsprojekt angewandte analytisch-theoretische Konzept zurück, welches aufgrund der Untauglichkeit vorliegender Theorien entwickelt wurde. Dieses so genannte „Hexagon der Konfliktbewältigung“ dient der Analyse

¹ Urho Kekkonen, 1956-81 Staatspräsident Finnlands.

zwischenstaatlicher Konflikte, indem sechs verschiedene Variablen bestimmt werden: das Europäisierungsniveau, die Konfliktperzeption, die Konfliktintensität, der Akteur EU, externe Akteure sowie Konflikt-Linkages. Die determinierende Variable ist das Europäisierungsniveau eines Landes, welches die Wahrscheinlichkeit der Konfliktbeilegung durch Europäisierung widerspiegelt. Die anderen, modifizierenden Variablen können diesen Prozess hemmen bzw. fördern. In einem ersten Schritt soll das Hexagon auf seine Nutzbarkeit für die Untersuchung der unterstellten positiven Effekte der Europäisierung auf die Beilegung von *innerstaatlichen* Konflikten geprüft werden.

2. Wie hat sich der Konflikt im bzw. um den Kosovo seit Ende der neunziger Jahre entwickelt? Liegt ein Trend zur geregelten Konfliktbearbeitung vor? (empirische Dimension)

Seit 1999 steht der Kosovo unter UN-Verwaltung; dessen zukünftiger Status ist noch immer ungewiss. Seit Beginn des Jahres 2007 bemüht sich die internationale Gemeinschaft intensiv um eine Einigung: Im Januar hatte der UN-Vermittler Martti Ahtisaari einen Entwurf vorgelegt, der die schrittweise Unabhängigkeit der südserbischen Provinz einschließlich der Verabschiedung einer eigenen Verfassung und der Etablierung einer Armee vorsieht. Die Ablehnung erfolgte kurz darauf durch eine große Mehrheit des serbischen Parlaments und wurde von Protesten auf den Straßen Belgrads begleitet, die wiederum Demonstrationen in Pristina provozierten. Fraglich ist, ob es dennoch als positive Entwicklung gewertet werden kann, dass beispielsweise der serbische Präsident Boris Tadic dem Kosovo eine "wesentliche Autonomie" anbietet und die Konfliktparteien gemeinsam mit dem UN-Vermittler konferieren.

In der Dissertation gilt es, nach den (historischen) Ursachen und Wurzeln des bis ins 14. Jahrhundert zurück reichenden Konflikts zu fragen und deren Rolle in der aktuellen Problematik und bei der Etablierung einer langfristigen Lösung zu bestimmen. In einer eigenen Systematisierung soll versucht werden, die Vielschichtigkeit des Konflikts – einschließlich der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen – aufzuarbeiten und Veränderungen in der Konfliktbewältigung insbesondere seit Ende der neunziger Jahre zu benennen. Abgeleitet aus den Ergebnissen wird dann festgestellt, ob ein Entwicklungstrend hin zu einer friedlichen Konfliktbeilegung erkennbar bzw. denkbar ist.

3. Inwieweit lassen sich die empirisch ermittelten Entwicklungen in der Konfliktbewältigung vor dem Hintergrund des theoretischen Erklärungsansatzes auf Prozesse der Europäisierung zurückführen?

In der Folge soll die Fragestellung bearbeitet werden, welchen Einfluss Prozesse der Europäisierung auf die – durch empirische Forschung ermittelte – Entwicklung des Konfliktes im Kosovo und Entwicklung der Konfliktbewältigung ausgeübt haben. Europäisierung meint hier die Ausrichtung auf explizite und implizite europäische Normen, die eine geregelte Konfliktbeilegung begünstigt. Hierbei findet das „Hexagon der Konfliktbewältigung“ Anwendung, welches dabei helfen soll, die gewonnenen Daten zu ordnen und zu analysieren sowie mit den Fallstudienresultaten des o. g. Forschungsprojekts vergleichbar zu machen. Grund für diese Untersuchungen ist die Überlegung, ob die Heranführung an die Europäische Union zur Beruhigung des Konfliktes im Kosovo beigetragen hat oder zukünftig beitragen kann und wenn ja, welche Kriterien dafür erfüllt sein müssen. In diesem Zusammenhang ist derweil beachtenswert, dass zeitgleich zu den Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo, die Europäische Union Signale an Serbien sendet, Verhandlungen über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufzunehmen. Dabei wird unmissverständlich erklärt, dass Serbien einen Platz in Europa hat.

4. Inwiefern können Ergebnisse des Fallbeispiels verallgemeinert werden und zur Analyse anderer innerstaatlicher Konflikte beitragen?

Falls sich das Hexagon der Konfliktbewältigung erfolgreich auf das Beispiel des Kosovo anwenden lässt, soll geprüft werden, ob die Ergebnisse der Analyse auf andere innerstaatliche Konflikte übertragbar sind. Dementsprechend könnte bestmöglich eine generelle Aussage darüber getroffen werden, inwieweit die unterstützende Wirkung der Europäisierung auf die Beilegung innerstaatlicher Konflikte realistisch ist.

Methode

Zur Ausarbeitung des Themas sollen folgende Methoden angewandt werden:

- Literaturanalyse,
- Experteninterviews,
- Sekundärauswertung von Meinungsumfragen.

Die Analyse einschlägiger Literatur soll zunächst der Betrachtung der Konfliktsituation im Kosovo dienen. Eine umfangreiche Erarbeitung der Theorien ist nicht mehr notwendig, da diese Analyse bereits erfolgt ist und mit der Erstellung des eigenen analytisch-theoretischen Konzepts abgeschlossen wurde. Um dieses sinnvoll nutzen zu können, ist die genaue Betrachtung der Forschungsergebnisse des o. g. Projekts erforderlich. Experteninterviews mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie den Medien und der Zivilgesellschaft sowohl in Serbien als auch im Kosovo sind unerlässlich, um die Beurteilung des Konflikts aus Sicht der verschiedenen Akteure analysieren zu können. Ergänzend dazu ist die Auswertung von Meinungsumfragen, die das Bild der breiten Öffentlichkeit repräsentieren, erforderlich. Da die Umfragen aufgrund des hohen Aufwands und der Kürze der Zeit nicht selbst durchgeführt werden können, sollen bereits vorhandene Quellen einer Sekundärauswertung dienen.

Stand der Arbeit

Die Dissertation wurde im Mai 2007 begonnen und soll einen Zeitrahmen von 24 Monaten umfassen. Bisher ist eine erste Einarbeitung in das Thema mit ausführlicher Literaturrecherche erfolgt. Derzeit werden die vorliegenden Quellen nach Themenschwerpunkten geordnet und erste Literatur analysiert. Zeitgleich findet eine Auswahl möglicher Interviewpartner statt.

Hypothesenbildung

· Das Europäisierungsniveau war in Serbien bisher zu gering ausgeprägt, als dass es (positiven) Einfluss auf die Konfliktbeilegung hätte nehmen können.

· Gründe für den geringen Grad an Europäisierung sind folgende:

- a) Der EU-Beitritt ihres Landes ist für einen Großteil der serbischen Bevölkerung zu abstrakt. Der Mehrwert durch einen Beitritt ist für viele nicht ersichtlich.
- b) Die EU wird im derzeitigen Konflikt nicht als Freund serbischer Interessen verstanden.
- c) Die Politik befindet sich auf einer Gratwanderung zwischen dem Wunsch nach einer EU-Mitgliedschaft und der Skepsis ihrer Wähler gegenüber der EU – insbesondere in Hinblick auf den Status des Kosovo.

· Der Einfluss auf die Konfliktbeilegung der EU selbst ist deshalb so gering, weil die Mitgliedstaaten keine einheitliche Position zur Unabhängigkeit des Kosovo haben.

· Falls es zu einer Unabhängigkeit des Kosovo gemäß dem Ahtisaari-Plan kommt, wird Serbien aufgrund der möglichen Beitrittsperspektive der EU nicht die Konfrontation, sondern ein friedliches Nebeneinander mit dem neuen Nachbarn suchen. Die Europäisierung Serbiens würde demnach steigen und positiven Einfluss auf die Konfliktbeilegung nehmen.

Abstract von Oliver Schwarz

„Erweiterung als „Überinstrument“? Zur Europäisierung des westlichen Balkans“

Nach dem Big Bang der Osterweiterung hat die Europäische Union mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 ihre sechste und vorerst letzte Erweiterungsrunde vollzogen. Ende 2005 haben die europäischen Staats- und Regierungschefs grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien gegeben, gleichzeitig wurde Mazedonien der Kandidatenstatus verliehen. Die übrigen Länder des westlichen Balkans – Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und die Region des Kosovo – müssen sich hingegen weiterhin damit begnügen, lediglich „potenzielle“ Kandidaten für einen EU-Beitritt zu sein. Parallel hierzu gestaltet die EU ihre Beziehungen zu ihren südlichen und östlichen Nachbarstaaten im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik neu aus. Eine komplexe Agenda, die durch das negative Votum der Franzosen und Niederländer zum Vertrag über eine Verfassung für Europa zusätzlich verkompliziert wurde. Auch das kürzlich unter der deutschen Ratspräsidentschaft mühsam zusammengeschnürte Kompromisspaket kann nichts an der Tatsache ändern, dass sich zukünftige Erweiterungsrunden zumindest unter schwierigeren Bedingungen vollziehen werden, als dies bislang der Fall war. Vor diesem allgemeinen Hintergrund widmet sich das Promotionsvorhaben dem Prozess der Europäisierung der Region des westlichen Balkans.

Zielsetzung

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Arbeit setzt sich weniger mit den jeweils nationalen Europäisierungsprozessen der westlichen Balkanstaaten beziehungsweise ihrem „Europäisierungs-Potenzial“ (Demetropoulou 2004) auseinander, Ziel ist es vielmehr herauszufinden, welches Europäisierungsmodell die EU im Falle der westlichen Balkanländer verfolgt, welche Beweggründe hierfür auszumachen sind und auf welche Instrumente sie dabei konkret zurückgreift. Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragestellungen virulent:

- Erstens, welche Erklärungsansätze liefern vorliegende Theorien zur Europäisierung von Drittstaaten?
- Zweitens, welche verschiedenen Phasen lassen sich im Verlauf der Europäisierung des westlichen Balkans unterscheiden und wie sind diese zu erklären? Lässt sich eine „Strategie“ der Europäisierung des westlichen Balkans erkennen? Unterscheidet sich diese instrumentell oder prozessual von vorangegangenen Erweiterungsrunden?
- Drittens, welche Schlussfolgerungen lassen sich vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zum konkreten Fall des westlichen Balkans und darüber hinaus zur künftigen Europäisierung von EU-Drittstaaten formulieren?

Allgemein wird die These vertreten, dass die EU am Modell der „klassischen“ Erweiterungspolitik nicht wird festhalten können und mittelfristig auf Alternativen zur Vollmitgliedschaft zurückgreifen wird. Für den Fall des westlichen Balkans wird der Versuch unternommen, diesbezüglich verschiedene Zukunftsszenarien zu entwickeln und entsprechende Politikempfehlungen zu formulieren. Der Anspruch der Arbeit ist somit sowohl theoriegeleitet als auch praxisbezogen.

Methode

Zur Bearbeitung der oben aufgeführten Fragestellungen wird auf Forschungsbeiträge unterschiedlicher Richtungen zurückgegriffen. Besondere Relevanz erhalten wissenschaftliche Publikationen aus den Bereichen der Integration, der Europäisierung sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. In theoretischer Hinsicht greift das Promotionsvorhaben vorwiegend auf das Konzept der Europäisierung zurück, da dieses das Potenzial besitzt, verschiedene etablierte Ansätze miteinander in Einklang zu bringen und somit zu einer kumulativen Forschung beizutragen (Radaelli 2004: 5f.). Die empirische Datenbasis stützt sich neben der Sekundär- auch auf die gut verfügbare Primärliteratur. Hierunter fallen Dokumente wie die Schlussfolgerungen und Beschlüsse des Europäischen Rates, die Schlussfolgerungen, Erklärungen, Stellungnahmen und Beschlüsse des Rates, die Vorschläge, Reporte und Beschlüsse der Kommission sowie Reden und Stellungnahmen anderer relevanter Akteure. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Analyse von Surveys (hier vor allem Eurobarometer) sowie einschlägiger Zeitschriften ein. Die zusätzliche Durchführung von (leitfadengestützten) Experteninterviews wird mit dem Ziel verfolgt, die mit Hilfe der Dokumentenanalyse gewonnenen Informationen zu präzisieren und ergänzende, eventuell sogar neue Erkenntnisse zu gewinnen. Angestrebt sind überschaubare Fallzahlen (20 bis 30).

Stand der Arbeit

Im Rahmen der im Oktober 2003 abgeschlossenen Diplomarbeit „Auf dem Weg zur Friedensmacht? Stationen europäischer Außenpolitik in Bosnien-Herzegowina 1991-2003“ (Schwarz 2003) wurden bereits die Außenbeziehungen der EU gegenüber eines einzelnen Staates des westlichen Balkans analysiert. Diese länderspezifischen Ergebnisse können nun an aktuelle Entwicklungen angepasst und mittels des länderübergreifenden Ansatzes des Promotionsvorhabens vertieft und hinterfragt werden. Profitiert werden konnte zudem von der Mitarbeit an dem laufenden Forschungsvorhaben „Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Griechenland und seine Nachbarn Mazedonien und Türkei“ (<http://www.europeanization.de>). Die Aufarbeitung der theoretisch relevanten Forschungsliteratur kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt als abgeschlossen bezeichnet werden. Der im Fokus der Arbeit stehende Ansatz der Europäisierung (Axt/Milososki/Schwarz 2007) wurde auf die Forschungsthematik zugeschnitten und ein Set von Arbeitshypothesen generiert.

Hypothesenbildung

1. Nach einer folgenschweren Politik des multilateralen „Hindurchwurstelns“ (Schwarz 1997: 37) in den 1990er Jahren hat die EU im wesentlichen Maße zur Stabilisierung der Lage auf dem westlichen Balkan beigetragen.
2. Die zunächst über den Stabilitätspakt eröffnete Perspektive einer EU-Vollmitgliedschaft stellt bis heute den zentralen Motivationsimpuls für die Länder des westlichen Balkans dar, ihre Reformanstrengungen zu intensivieren und regionale Kooperation voranzutreiben.
3. EU-interne Reformdefizite sowie eine schwindende Unterstützung für zukünftige Beitritte stellen die Wirkmächtigkeit des „Überinstruments“ (Whitman 2002: 24) Erweiterung zunehmend in Frage.
4. Eine Verdeutlichung der hieraus resultierenden gegebenen Beitrittsrealitäten muss die Glaubwürdigkeit der notwendigen EU-Beitrittsperspektive keinesfalls aushöhlen.
5. Mögliche Frustrationen und Europäisierungsrückschritte in den westlichen Balkanstaaten können durch attraktive EU-Politikangebote kompensiert werden.
6. Diese Kompensation kann durch die gezielte Stärkung regionaler Kooperation sowie der Gewährung von Eigenverantwortlichkeit vertieft werden.

Literatur

- Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver (2007): Europäisierung – ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen, in: Politische Vierteljahresschrift 28 (1), S. 136-149
- Demetropoulou, Leeda (2004): Europeanization potential and accession prospects in the Western Balkans, in: European Balkan Observer 2 (2), S. 5-9 (<http://www.wiiw.ac.at/balkan/files/EBO%204.pdf>, Stand: 19.05.2007).
- Radaelli, Claudio M. (2004): Europeanization: solution or problem?, in: European Integration Online Papers 8 (16) (<http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-016.pdf>, Stand: 21.05.2007).
- Schwarz, Hans-Peter (1997): Krisen- und Konfliktmanagement aus europäischer Sicht. Eine Fallstudie: Die Reaktionen auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien 1991-1996, in: KAS-Auslandsinformationen 13 (6), S. 20-37.
- Schwarz, Oliver (2003): Auf dem Weg zur Friedensmacht? Stationen europäischer Außenpolitik in Bosnien-Herzegowina 1991-2003, Duisburg, 23.10. (http://www.europeanization.de/downloads/bih_friedensmacht.pdf, Stand: 19.05.2007).
- Whitman, Richard (2002): The Fall, and Rise, of Civilian Power Europe? (National Europe Centre Paper No. 16), Canberra (<http://www.anu.edu.au/NEC/Archive/whitman.pdf>, Stand: 25.06.2007).

Kontakt

Oliver Schwarz, Dipl.-Soz.-Wiss.
Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg)
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft
Lotharstr. 63, LF 321, D-47048 Duisburg
Telefon: +49(0)203 - 379 2039/-2022, Fax: +49(0)203 - 379 2318
E-Mail: oliver.schwarz@uni-due.de

Abstract von Cengiz Yildirim

„Die politische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Bedeutung der Baku–Tiflis–Ceyhan Erdölpipeline in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei“

(Arbeitstitel)

1. Hintergrund der Arbeit und Zielsetzung

Die aktuellen Probleme und künftigen Entwicklungen im Energiesektor werden durch sehr negative globale Risiko-Szenarien beschrieben. Ausgangsproblem sind die Erschöpfung der Energieressourcen und der gleichzeitig steigende Energieverbrauch. Die Europäische Union ist als hoch industrialisierte Region besonders stark von energiepolitischen Fragen betroffen. Diese umfasst eine interne und eine externe Diskussion. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sicherung der Versorgungsabhängigkeit der Europäischen Union, denn Dauerkrisen im Nahen Osten, Zweifel an der Verlässlichkeit der Gasversorgung, Abhängigkeit von wenigen Lieferländern mit teils unzulänglichen demokratischen Strukturen werfen die Frage nach einer sicheren Energieversorgung neu und mit großer Dringlichkeit auf. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union die Sicherung der Energieversorgung zu einem Teil der Europäischen Sicherheitsstrategie erklärt.

Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Erschließung der aserbaidischen Öl- und Gasreserven im September 1994 mit großer Beteiligung der europäischen Gesellschaften und die Unterzeichnung der Istanbul Deklaration hinsichtlich des Baku–Tiflis–Ceyhan Pipelineprojektes, dessen Realisierung bereits im Mai 2005 abgeschlossen wurde und die Pipeline nun eine Verbindung zwischen dem europäischen Ölmarkt und der Kaspischen Region herstellt. Damit ist die Baku–Tiflis–Ceyhan Pipeline die erste einer Reihe von geplanten Versorgungsrouten aus dem Kaspischen Raum, durch die die angestrebte Diversifizierung der Öllieferungen zur europäischen Realität werden kann.

Dies hat die EU zum grundlegenden Nachdenken über ihre Position hinsichtlich einer Diversifizierung des Energietransports aus der Südkaukasischen Region gebracht. Die Sicherung der Stabilität in dieser für die Energieversorgung der EU potentiell sehr wichtigen Region rückt mit der Zeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit der zuständigen EU-Organen. Aus diesem Grund kommt der Baku–Tiflis–Ceyhan Erdölpipeline eine hohe strategische Bedeutung zu.

Die Erdölpipeline Baku–Tiflis–Ceyhan eignet sich aufgrund der geographischen Nähe für die anvisierte Diversifizierungsbemühungen der EU-Energieversorgung. Insofern hat die Türkei eine ganz neue Bedeutung gewonnen, da sie am Kreuzungspunkt der wichtigsten Exportrouten für Erdöl und Erdgas aus dem kaspisch-zentralasiatischen Raum nach Europa liegt. Für die EU ist sie somit ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt par excellence.

Für die Türkei bedeutet die Baku–Tiflis–Ceyhan Pipeline einen wichtigen Schritt in Richtung der Übernahme einer Brückenfunktion beim Transport von Energie aus Kaukasien und Zentralasien nach Europa. In diesem Kontext sind mit der Realisierung und

Inbetriebnahme der Baku–Tiflis–Ceyhan Pipeline neue Interessensphären zwischen der EU und der Türkei sichtbar geworden.

In der geplanten Dissertation geht es nun darum, diese Interessensphären vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei genauer zu analysieren und zu definieren.

2. Methode

Die relevanten Indikatoren werden in einem ersten Schritt durch die Analyse von Sekundärliteratur untersucht. Mit dieser Vorgehensweise in der Anfangsphase, in der möglichst verschiedene Literaturdokumente ausgewählt werden sollen, um Daten und Informationen zu gewinnen, die das ganze Spektrum der Forschungsfragestellung abdecken.

Ergänzt werden soll dieser überwiegend sekundäranalytische Charakter durch leitfadengestützte Gespräche und Experteninterviews, die in Ankara, Istanbul und Brüssel geführt werden sollen. Bei diesen Gesprächen und Interviews soll die Kernfrage der Arbeit “Inwiefern wird die Baku–Tiflis–Ceyhan Pipeline sowohl politisch, sicherheitspolitisch als auch wirtschaftlich zu einer (noch stärkeren) Festigung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei führen?” im Mittelpunkt stehen und die Einschätzungen von Experten und am politischen Entscheidungsprozeß beteiligte Personen eruiert und systematisch gesammelt werden.

Diese Experteninterviews werden ergänzt durch Gespräche mit Wissenschaftlern an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Mit der Methode der Experteninterviews wird forschungslogisch das Interesse verfolgt, offene Fragen mit Hilfe der beteiligten Akteure zu klären und schließlich die (Insider-) Informationen, Meinungen und Einschätzungen zu analysieren und auszuwerten. Weitere Ergebnisse werden durch eine qualitative Auswertung der Presseberichterstattung erhofft. Zur Erlangung weiterer Informationen und Daten, wird die Teilnahme an den zahlreichen nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen zum Thema EU- Türkei - Beziehungen notwendig sein.

3. Stand der Arbeit

Die Arbeit befindet sich noch in der Vorbereitungsphase. Um einen umfassenden Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu erhalten, sind intensives Literaturstudium und weitere umfangreiche Recherchen zur Literatur und andere Quellen erforderlich.